



**SÜDOSTEUROPA-
GESELLSCHAFT**

in cooperation with



Auswärtiges Amt

International Conference

“The EU and the Western Balkans: The Objectives of the Slovenian EU Presidency – Implementation and Continuation”

Presentation of Mr. Matthias Oel

**Director EU-Affairs, German Federal Ministry of the Interior,
Berlin**

Es gilt das gesprochene Wort.

Im Rahmen dieser Konferenz ist über den großen Anteil der slowenischen Präsidentschaft an der erneuten Priorisierung des Südost-Europa-Prozesses im Bereich der Stabilisierung und der regionalen Zusammenarbeit diskutiert worden. Diesem Panel kommt die Aufgabe zu, das Thema vor allem aus innen- und sicherheitspolitischer Sicht zu beleuchten.

Lassen Sie mich zunächst allgemein feststellen, dass für Europa die Region des Westbalkans seit jeher von hoher politischer Bedeutung war und ist. Auch sicherheitspolitisch nehmen die Staaten des Westbalkans dabei eine Schlüsselfunktion bei der Bekämpfung der illegalen Migration, des Menschenhandels und der Rauschgiftkriminalität ein. Nicht zuletzt auch diese Schlüsselfunktion des Westbalkans hat 2005 dazu geführt, dass die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien eröffnet und Mazedonien der Kandidatenstatus zuerkannt wurde. Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Serbien wurden als potentielle Beitrittskandidaten benannt. In der Folge haben verschiedenste politische Spannungen zwar zu Verzögerungen dieses Prozesses geführt. Nicht zuletzt durch die Bemühungen der slowenischen Präsidentschaft im 1. Halbjahr hat der Prozess aber wieder an Dynamik zugenommen. Dies hat in dieser Woche die Ratifizierung des SAA durch das serbische Parlament gezeigt. Ein weiteres augenfälliges Beispiel ist, dass die KOM im 1. Halbjahr 2008 den Visumdialog mit Mazedonien, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Albanien begonnen hat. Der Rat hat am 19./20. Juni 2008 ausdrücklich den Beginn des Visadialogs auf der Grundlage von Roadmaps begrüßt.

Gemeinsames Ziel der EU wie der Westbalkan-Staaten muss es sein, gerade auch im Bereich der Innen- und Sicherheitspolitik in absehbarer Zeit zu weiteren Fortschritten zu kommen. Klar ist aber auch, dass der Weg dorthin dezidiert ausgeschrieben ist: Die EU steht für zwei klare und eindeutige Botschaften:

1) wir stehen unumkehrbar zur europäischen Perspektive für alle Westbalkan-Staaten – dies zeigen die während der SLO-Präsidentschaft erreichten Fortschritte: die Unterzeichnung der SAA mit Mazedonien und Bosnien-Herzegowina und Fortschritte bei der Visaliberalisierung

2) unsere Heranführungspolitik wird auf der Basis des Konsenses zur Erweiterungspolitik vom Dezember 2006 unverändert fortgesetzt. Wichtig ist dabei, dass dieser Konsens drei Prinzipien beinhaltet:

- Konditionalität,
- Prinzip der eigenen Leistungen,
- keine Zeitziele.

Der Allgemeine Rat hat am Ende der slowenischen Präsidentschaft erneut festgestellt, dass die weitere Basis der Erweiterungsstrategie der EU unter anderem die faire und entschlossene Konditionalität ist. Dafür gibt es gute Gründe: es liegt im gegenseitigen Interesse, dass alle Beitrittskandidaten ihre Verpflichtungen wirklich erfüllen, bevor sie beitreten. Dies ist besonders im sensiblen Bereich der Justiz- und Innenpolitik (JI) notwendig. Dies heißt aus Sicht der EU-Mitgliedsstaaten: Die angestrebte umfassende Harmonisierung setzt Vertrauen der Mitgliedstaaten voraus und dieses Vertrauen kann nur gebildet werden, wenn alle Mitgliedsstaaten gleiche Standards erfüllen.

Umgekehrt liegt die Durchführung der notwendigen Reformen aber auch im Interesse der Beitrittskandidaten selbst. Die eigenen Bevölkerungen leiden darunter, wenn Korruption und Organisierte Kriminalität nicht effektiv bekämpft werden. Das Standing der Mitgliedsstaaten in der EU und der öffentlichen Meinung leidet, wenn nach dem Beitritt seitens der KOM immer wieder Defizite festgestellt werden. Es ist vor diesem Hintergrund zu sehen, dass die Erweiterungsstrategie der KOM vom November 2007 keine Beitrittsdaten festlegt.

Die Erweiterungsstrategie formuliert als weiteren Grundsatz eine bessere Kommunikation mit der Öffentlichkeit. Die Mitgliedsstaaten und die Kommission stehen beide vor der Aufgabe, der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass die Erweiterung im Interesse der EU liegt. Man wird die Öffentlichkeit jedoch nur dann vom Sinn der Erweiterung überzeugen und Befürchtungen

zerstreuen, wenn man ihr glaubhaft vermitteln kann, dass die neuen Mitgliedsstaaten tatsächlich die Standards, und zwar vor allem auch im JI-Bereich, erfüllen können.

Aus der Sicht des Innenministeriums begrüße ich an der KOM-Erweiterungsstrategie insbesondere, dass darin das Ziel formuliert wird, Governance-Fragen wie Institutionenaufbau, Justiz- und Verwaltungsreform und der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption bereits in einem frühen Stadium eine höhere Priorität einzuräumen.

Wo stehen wir zurzeit?

In den letzten Fortschrittsberichten der KOM zu den Westbalkan-Staaten vom November 2007 wird deutlich, dass im JI-Bereich noch bei allen Westbalkan-Staaten zum Teil erhebliche Defizite bestehen, insbesondere hinsichtlich der Korruptionsbekämpfung und der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Polizeireform. Die Schlussfolgerungen des Allgemeinen Rates vom Dezember 2007 greifen für alle Staaten gerade diese nicht ausreichenden Fortschritte auf.

Die Mitgliedsstaaten haben verstanden, welche Bedeutung die JI-Politik im Rahmen des Beitritts hat. Viele Mitgliedsstaaten hatten umfangreiche Fragen und Anmerkungen zu dem Entwurf der EU-Position des JI-Kapitels, das die KOM vorgelegt hat.

Für Mazedonien fiel der vergangene Fortschrittsbericht (Nov. 2007) insgesamt wenig positiv aus, so dass auch das ursprüngliche Anliegen der slowenischen Präsidentschaft, ein konkretes Datum für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen zu nennen, nicht realisierbar war. Wir werden sehen, was die KOM dazu im kommenden Fortschrittsbericht im November sagen wird.

Die EU erhebt aber nicht nur Forderungen; die Erweiterungsstrategie übt also nicht nur Druck auf die Westbalkan-Länder aus:

1. Sichtbarkeit und Glaubwürdigkeit der Beitrittsaussichten der westlichen Balkanländer und der Türkei sollen ausdrücklich gewahrt und unterstützt werden.

2. Gespräche über eine Liberalisierung der Visabestimmungen mit dem Ziel der Visafreiheit für die Staatsangehörigen der westlichen Balkanländer wurden wie erwähnt aufgenommen.

Zunächst zur Unterstützung der Reformen und damit der Beitrittsaussichten der Westbalkan-Staaten durch die EU:

Die EU ist der größte Geldgeber für den Westbalkan. Das Volumen der Hilfe im Rahmen des Vorbeitrittsinstruments/Instruments für Heranführungshilfe – **IPA** zwischen 2008-2011 beläuft sich auf **etwa 3,4 Mrd. Euro (Deutscher Anteil ca. 21%)**. Die EU hilft damit, die politische und wirtschaftliche Reformdynamik in der Region aufrechtzuerhalten und stellt eine schrittweise Heranführung an die EU-Strukturen sicher.

Deutschland führt darüber hinaus bilateral für das laufende Jahr (grenz-)polizeiliche Projekte im Rahmen des Stabilitätspakts Südosteuropa in Höhe von ca. 620.000 € durch.

Zum zweiten Aspekt in der Positivliste – den Visaerleichterungen:

Deutschland begrüßt ausdrücklich den Beginn eines Dialogs mit den Staaten des westlichen Balkans über Visumliberalisierungen, der im Einklang mit der vom Europäischen Rat beschlossenen Beitrittsperspektive für diese Staaten steht. Uns ist bewusst, dass wir damit zum Zustand vor der Auflösung Jugoslawiens zurückkehren.

Die Roadmaps legen die für den Dialog unerlässlichen klaren Kriterien fest, die seitens der Staaten erfüllt werden müssen, um Visumsfreiheit zu erreichen. Ohne Fortschritte in den Bereichen Korruptionsbekämpfung und Bekämpfung der organisierten Kriminalität sind Visaliberalisierungen allerdings – wie erwähnt - in der EU nicht akzeptabel und nicht zu vermitteln.

Wichtig ist dabei, dass Dialog und Entscheidungen über Visumsfreiheit für jeden betroffenen Staat unabhängig voneinander geführt bzw. getroffen werden. Der Umsetzung und Evaluierung der Visumerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen kommt innerhalb dieses Dialogs eine wichtige Rolle zu.

Auch im Bereich der Visumpolitik liegt der Ball aber nicht allein auf dem Feld der Westbalkan-Länder: Die am 1.1.2008 in Kraft getretenen Abkommen über Visaerleichterungen mit allen Westbalkan-Staaten sehen eine generelle Reduzierung der Visumsgebühr auf 35 € und Erleichterungen/Erlass der Visumsgebühr für bestimmte Personengruppen vor. Deutschland beteiligt sich auch – wie 16 weitere EU-Mitgliedstaaten - an einer FRA-Initiative, die zum Ziel hat, möglichst viele kostenfreie Visa für serbische Staatsangehörige auszustellen. Die deutsche Visastelle in Belgrad macht von den Regelungen bereits großzügig Gebrauch.

Fazit:

1. Die Heranführungspolitik ist erfolgreich. Die Konditionalität ist richtig, denn es ist im beiderseitigen Interesse, dass alle EU-Mitgliedsstaaten beim Beitritt den EU-Acquis erfüllen müssen.

2. Dies heißt für die Visumpolitik: Voraussetzung für die Visaliberalisierung sind Fortschritte in den Bereichen, die in den Fahrplänen genannt werden (Bsp. Bekämpfung der illegalen Migration, Dokumentsicherheit).

3. Visapolitik ist allerdings nur ein Teilaspekt. Unabhängig von den genannten Themen ist uns ein umfassender Dialog mit den Westbalkan-Staaten zur gesamten JI-Politik wichtig. In den regelmäßigen Treffen des Westbalkan-Forums, das einmal jährlich (im November) auch im JI-Format (Ministerebene) zusammenkommt, haben alle WB-Staaten und die EU die Gelegenheit, ihre Fortschritte gemeinsam zu diskutieren.

Für die EU-Mitgliedstaaten ist es wichtig, sich der Problemlagen und Fortschritte genau bewusst zu werden und diese für ihre Planungen bei der Weiterentwicklung der EU-Politik in Hinblick auf den Beitritt der Westbalkan-Staaten einzubeziehen.